

Betreff: November-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut
Von: "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>
Datum: Wed, 03 Nov 2010 18:59:12 +0100
An: steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Forderung nach einer Besteuerung der Finanzbranche war vergangenen Monat Thema in den wichtigsten Gremien der EU. Die Entscheidung über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder - so der Vorschlag der Kommission - einer Finanzaktivitätsteuer wurde vertagt, ohne dass sich eine Einigung auf einen der Vorschläge abzeichnet. Bei der Finanzaktivitätsteuer handelt es sich um eine Steuer auf Bankgewinne und Managergehälter - eine grundsätzliche gute Forderung, aber als Konkurrenzvorschlag zur Finanztransaktionssteuer keine Alternative. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone scheint in der Euro-Gruppe (noch) nicht ernsthaft diskutiert zu werden.

Außerdem standen im letzten Monat zwei Jubiläen an: Zum einen feierte unsere Kampagne am 17. Oktober ihren ersten Geburtstag! Eine Würdigung der bisherigen Erfolge finden Sie am Ende des Newsletter. Daneben gab es auch unrühmliches weiteres Jubiläum: Das Entwicklungshilfeversprechen wurde 40 Jahre alt und wird nach derzeitigem Verlauf auch das Rentenalter erreichen (ob das nun 65, 67 oder 70 Jahre sein werden...). Wir hoffen, dass uns ein solches Jubiläum nicht auch bevorsteht und werden daher weiterhin engagiert für unsere Forderung eintreten.

Eine Bewertung anlässlich unseres Geburtstags der die [politischen Situation](#) der Kampagne findet sich auf unserer Kampagnenseite.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

29. Oktober: Deutsche Bank-Chef [Ackermann](#) hält eine Finanztransaktionssteuer für diskutabel: Zwar international, aber auch auf europäischer und kontinentaleuropäischer Ebene könne man darüber nachdenken.

27. Oktober: Im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags erklärt die Bundesregierung, dass sie in der Europäischen Union auf die EU-weite Einführung einer FTS hinarbeiten und der deutsch-französischen Initiative zur Mehrheit verhelfen wolle. Sie teile nicht die Präferenz der Kommission für eine Finanzaktivitätsteuer. Sie will sich in der EU-Arbeitsgruppe für die FTS einsetzen. Deren Ausarbeitung wird dem Rat vorgelegt, der darüber abstimmt. Die Beratungen finden bisher nur auf der Ebene der 27 Mitgliedsstaaten statt. Eine nur auf die Euro-Zone beschränkte Initiative der Bundesregierung gibt es also derzeit nicht.

22. Oktober: [Harald Schumann](#) kommentiert im Tagesspiegel die große Diskrepanz zwischen Worten und Taten der Bundesregierung bezüglich der FTS.

22. Oktober: An diesem Tag jährt sich zum 40. Mal das 0,7 %-Entwicklungshilfeversprechen. [Oxfam](#) weist mit der Neuauflage eines Aktionsfotos der Kommune 1 auf diesen Skandal hin. Die deutsche Entwicklungshilfe liegt derzeit bei etwa 0,35 %.

20. Oktober: Die Bundesregierung sieht verfassungsrechtliche Probleme bei der Einführung einer [Finanzaktivitätsteuer](#).

17. Oktober: Geburtstag der Kampagne: wir werden ein Jahr alt! Die Kampagne begann am 17.10.2009 mit einem [Offenen Brief](#) an die Bundesregierung. Herzlichen Glückwunsch an uns alle!

16. Oktober: In der SZ erscheint ein Leitartikel zur FTS (nicht online). Darin heisst es zur FTS: "Unglaublich ist es nicht, diese zu fordern. Unglaublich ist, dass es keine gibt."

8. Oktober: Trotz der Entwicklung auf EU-Ebene hält die [Bundesregierung](#) offiziell an der Forderung nach einer FTS fest.

7. Oktober: Der finanzpolitische Sprecher der FDP [Volker Wissing](#) erklärt die europäische Einführung einer FTS für gescheitert.

Entwicklungen im Ausland:

29. Oktober: Der [Europäische Rat](#) einigt sich nicht auf eine Form der Besteuerung des Finanzsektors. Das Thema soll auf dem nächsten Rats-Treffen im Dezember erneut behandelt werden.

20. Oktober: EU-Halshaltskommissar [Janusz Lewandowski](#) bringt erneut die FTS als Quelle zur eigenständigen und laut Römischer Verträge (1957) eigentlich längst überfälligen EU-Finanzierung ins Spiel.

20. Oktober: Das EU-Parlament fordert bei der Verabschiedung des Zwischenberichts der Sonderkommission zur Finanzkrise in einer [Resolution](#) (Punkt 73) die Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU.

19. Oktober: Der ECOFIN bringt wieder keine Einigung über die Besteuerung des Finanzsektors und verabschiedet ohne Aussprache eine [Empfehlung](#) an den Europäischen Rat. Konkrete Vorschläge zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer werden darin nicht unterbreitet. Eine Arbeitsgruppe soll lediglich weitere Studien vorlegen. Für die Finanztransaktionssteuer ein Begräbnis dritter Klasse !?

12. Oktober: Als wäre nichts gewesen: Die US-Banken zahlen 140 Mrd. Dollar ans [Spitzenpersonal](#).

7. Oktober: In einer [Mitteilung](#) zur Besteuerung des Finanzsektors befürwortet die EU-Kommission eine Finanztransaktionssteuer auf globaler Ebene. Im Rahmen der EU rät sie von einer einseitigen Einführung einer Finanztransaktionssteuer ab zugunsten einer Finanzaktivitätsteuer.

30. September/1. Oktober: Beim informellen ECOFIN wiederholen die Länder ihre bereits Anfang September bekannt gegebenen Positionen. Während Österreich, Deutschland und Frankreich für eine FTS in der EU aussprachen, lehnen andere Mitgliedsstaaten und die EZB den Vorschlag ab. Eine

Neue Studien und Stellungnahmen

Forderung des EU-Parlaments nach einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer

Im Rahmen einer Resolution hat sich das EU-Parlament mehrheitlich für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer ausgesprochen.

Die Passage zur Finanztransaktionssteuer ist Teil des Zwischenberichts zur "Finanz, Wirtschafts- und Sozialkrise: Empfehlungen in Bezug auf zu ergreifende Maßnahmen und Initiativen" und wurde erstellt unter Federführung der französischen Sozialistin Pervenche Berès.

Die Resolution besteht aus insgesamt 225 Einzelpunkten.

Punkt 73 lautet:

[Das EU-Parlament...] befürwortet die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, deren Erlös die Funktionsweise des Marktes durch eine Reduzierung der Spekulationsgeschäfte verbessern und dazu beitragen würde, globale Kollektivgüter zu finanzieren und die öffentlichen Defizite zu verringern; ist der Ansicht, dass eine solche Steuer auf möglichst breiter Grundlage beschlossen oder, falls dies nicht möglich ist, als erste Maßnahme auf Unionsebene ergriffen werden sollte; fordert die Kommission auf, rasch eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die von weltweit gleichen Wettbewerbsbedingungen ausgeht, und konkrete Legislativvorschläge vorzulegen;

Pikantes Detail: Liberale und Teile der Konservativen hatten in einem Änderungsantrag genau die Einführung auf Unionsebene streichen wollen und waren damit knapp gescheitert. Die gesamte Resolution wurde dann aber mitsamt der strittigen Passage großer Mehrheit angenommen.

Österreichischer Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Das österreichische Finanzministerium hat Ende September dem ECOFIN einen [vierseitigen Vorschlag](#) zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Besteuert werden sollen Aktien, Anleihen und Derivate beim Erwerb im Inland oder beim Erwerb von Finanzprodukten im Ausland, wenn der Erwerber ein EU-Inländer ist. Der Steuersatz soll zwischen 0,01 und 0,05 % betragen, bei Derivaten auf den Nennwert bezogen. Das Papier endet mit drei Vorschlägen für die nächsten Schritte:

1. Einsetzung einer High Level Group von Steuer- und Finanzmarktexperten durch den ECOFIN-Rat zur Prüfung der praktischen Aspekte einer Einführung einer allgemeinen FTT und Berichterstattung bis zum Europäischen Rat im März 2011
2. Die Europäische Kommission soll bei allen Legislativvorschlägen zur Finanzmarktregulierung berücksichtigen, dass es – wo zutreffend – steuerliche Anknüpfungspunkte für nationale oder EU-weite Finanztransaktionssteuern gibt.
3. Die Europäische Kommission soll eine vergleichende Analyse bestehender nationaler Finanzmarktsteuern erstellen.

Stellungnahme von WEED zum Vorschlag von EU-Steuerkommissar Semetas

Steuerkommissar Semetas hat der EU-Kommission ein Dokument vorgelegt, in welchem für Europa eine Finanzaktivitätsteuer eingeführt werden soll. Die Finanztransaktionssteuer solle global eingeführt werden. In einer Stellungnahme analysiert [WEED](#) die Argumentation und kommt zu dem Schluß, dass die Finanztransaktionssteuer wegen fehlender globaler Zustimmung damit auf absehbare Zeit aufs Abstellgleis geschoben würde und dass es bei der Empfehlung weniger um eine nüchterne Abwägung ökonomischer Argumente geht als um die Unterbreitung eines Kompromisses, bei dem die Kommission eine klare Stellungnahme vermeidet und die EU-Mitgliedsstaaten ihr Gesicht wahren.

Kampagnenaktivitäten

Die Kampagne hat sich auch im Oktober sehr aktiv für die Einführung einer "Steuer gegen Armut" eingesetzt. Dazu gehörte zum einen die Kommentierung der Entwicklungen auf EU-Ebene. Das Engagement wurde anlässlich des Geburtstags der Kampagne mit mehreren Presseartikeln gewürdigt. Im Dezember wird es im AWZ (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit) des Deutschen Bundestags eine Expertenanhörung zu innovativen Finanzierungsinstrumenten für Entwicklung geben.

Presseerklärungen der Kampagne:

Bundeskanzlerin soll sich für die Finanztransaktionssteuer einsetzen

Offener Brief des Kampagnenbündnisses "Steuer gegen Armut" an Angela Merkel vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der EU

[Mehr..](#)

Ein Jahr Kampagne "Steuer gegen Armut" - Vom Bürgerwillen zur Regierungspolitik / Finanztransaktionssteuer jetzt in Europa einführen!

Pressemitteilung zum einjährigen Geburtstag der Kampagne.

[Mehr..](#)

Finanztransaktionssteuer: Lavieren der EU-Kommission droht Einführung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben

Pressemitteilung anlässlich der Mitteilung der EU Kommission zur Finanztransaktions- und Finanzaktivitätsteuer.

[Mehr..](#)

Zum Jubiläum der Kampagne veröffentliche die Kampagne eine Chronik des Erfolges:

1998 attac (association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens) wird in Frankreich gegründet und erhebt die Forderung nach einer Transaktionssteuer

2000 attac Deutschland wird gegründet

17.10.2009 Die Kampagne "Steuer gegen Armut" beginnt mit einem Offenen Brief an die neu gewählte Bundesregierung, unterzeichnet von 32 Organisationen, darunter sieben Banken, und 8 Einzelpersonen

6.11. Die Petition zur Einführung einer "Steuer gegen Armut" wird eingelegt, am 12.11. wird sie vom Bundestag als öffentliche Petition online gestellt

15.12. Mit Bündnis 90/Die Grünen tritt die erste politische Partei der Kampagne bei

25.12. Innerhalb von drei Wochen wird die Petition von 55 000 Bürgerinnen und Bürgern mitgezeichnet was bedeutet, dass der Bundestag sich in einer Öffentlichen Anhörung mit ihr beschäftigen muss.

29.1.2010 Anträge von SPD und LINKSpartei bringen das Thema erstmals in den Bundestag.

5.3. Vier Bundesländer bringen eine Initiative zur Finanztransaktionssteuer im Bundesrat ein.

1.5. Auf allen Maidemonstrationen der Gewerkschaften wird die Finanztransaktionssteuer gefordert.

13.5. Öffentliche Expertenanhörung im Finanzausschuss des Bundestags

21.5. Wolfgang Schäuble erklärt vor dem Bundestag, dass sich die Bundesregierung ab sofort international und europaweit für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen wird.

Juli: Die zehntausendste Mail wird über die Mitmachseite der Kampagnenwebsite an Bundeskanzlerin Merkel geschickt

7.7. Der Finanzplan der Bundesregierung 2011-2014 sieht ab 2012 Einnahmen aus der "Finanzmarkttransaktionssteuer" in Höhe von 2 Milliarden Euro vor.

12.9. Die Kampagnen-Facebook-Gruppe begrüßt ihr 5000stes Mitglied

17.10. Die Kampagne "Steuer gegen Armut" feiert einjährigen Geburtstag, getragen von mittlerweile 65 Organisationen und 15 Personen. Das Neue Deutschland titelt [Umsteuern gegen die Armut](#), die Süddeutsche berichtet "Cayman ist überall" (Artikel nicht online) und am Ende der Jubiläumswoche berichtete der [Tagesspiegel](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.